

Winterthur, 21. April 1997

KR-Nr. 147/1997

ANFRAGE von Hans-Jacob Heitz (FDP, Winterthur)

betreffend Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in der Kantonshauptstadt
Zürich

Den Regierungsrat frage ich an:

1. Sieht er als Sofortmassnahme rechtliche Möglichkeiten, die Führung der Stadtpolizei Zürich unter die "Tutel" der Kantonspolizei zu stellen, wenn ja, gestützt auf welche Rechtsgrundlage?
2. Ist er bereit, die aus dem Kantonsrat geforderte Übereignung der Verantwortung für Sicherheit und Ordnung in den Städten Zürich und Winterthur an die Kantonspolizei wiederzuerwägen und beschleunigt zu verwirklichen?

Hans-Jacob Heitz

Begründung:

Der für die Zürcher Stadtpolizei zuständige Zürcher Stadtrat liess es innert weniger als 10 Tagen zu, dass radikale Gruppierungen ohne Demonstrationsbewilligung von der Stadtpolizei unbehelligt, weil von dieser nur auf Distanz beobachtet, durch die Zürcher Altstadt ziehen konnten, wobei an der ersten Demonstration vom vorletzten Wochenende rassistische Slogans ausgestossen und Personen am Körper verletzt wurden, durch die zweite Demonstration vom letzten Wochenende gar vermurmt (trotz gesetzlich verankertem Vermummungsverbot) ein Wirtschaftslokal in Trümmer geschlagen und weiterer Sachschaden angerichtet werden konnte. Die Zertrümmerung der "Pumpi Bar" war ein offenkundiger Racheakt der linken gegen die rechte Chaotenszene, was voraussehbar war.

Der Zürcher Stadtrat toleriert demnach die Ausübung des Faustrechts ebenso wie unbewilligte Demonstrationen in seiner Stadt. Zürich als Kantonshauptstadt steht in der Schweizer sowie Weltöffentlichkeit immer auch für unseren Kanton.

Solcherart Vorkommnisse machen alle Bemühungen für Standortmarketing und Wirtschaftsförderung für Stadt und Kanton Zürich zunichte.

Die rechtschaffenen Zürcher Bürgerinnen und Bürger, welche bei der geringsten Übertretung kompromisslos zur Rechenschaft gezogen werden, fühlen sich von Stadtrat und Polizei verschaukelt. Das Zürcher Polizeikorps geriet wegen der Unfähigkeit seiner politischen Vorgesetzten zu Unrecht immer mehr ins Zwielficht. Im Interesse von Sicherheit und Ordnung für die Bevölkerung sowie von Ruf und Motivation der Polizeikorps ist eine rasche Klärung der höchst unbefriedigenden Situation dringlich. Neue Krawalle am 1. Mai werden bereits befürchtet.